

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 246.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Belegpreis für Halle und Umkreis 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich am Sonntag. — **Preisverhältnisse:** Halle'scher Courter (inkl. Postgebühren), 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), 20. Bismarck, 10. Illustrierte Wochenbeilage, 5. Halle'sche Provinzialblätter, 10. Anhaltische Beilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die halbesbüchse Kolonialbeilage oder deren Raum für Halle und den Umkreis 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — **Reklamen** am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenvermittlern.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktions-Telefon 8110. Chefredakteur: Dr. **Strasser-Heiberg**, Halle (Saale).

Donnerstag, 29. Mai 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon **Am Stralitz** Nr. 6290. Druck und Verlag von **Otto Cizala**, Halle (Saale).

Die Entwicklung des kolonialen Verkehrswesens.

(Von unserem kolonialen Mitarbeiter.)

Wir drängen und treiben und sind unzufrieden, weil unsern Schutzgebieten dieses oder jenes moderne Verkehrsmittel noch fehlt. Wir entbeden immer neue Räden, die wir zu schlechten tragen. Ja, wir sind anspruchslos geworden in den letzten 25 Jahren. Wer früher nach Südwest reisen wollte — es waren nur ein paar Beamte und Missionare, bisweilen auch ein Kaufmann — fuhr wohl schon ganz bequem auf einem fanelen englischen Schiffe über Lissabon nach der idyllischen Kapstadt, aber von da nach der „Angra Beuquena“ (Niederbüchse) und dem „Damaraland“ war noch ein weiter Weg — 730 Seemeilen. Man fletterte auf einem morschen Segler, der alle zwei Monate einmal die unheimliche südafrikanische Küste besuchte, um Guano von den dortigen Inseln zu holen. Ja, das war eine herrliche Zeit! Heute laufen schmale Dampfer der „Mafrika“, „Boerman“, „Hamburg-Amerika“ oder „Hamburg-Bremer Afrika-Linie“ nach allen möglichen Wägen Afrikas. Am besten war noch Kamerun dran. Dort verkehrten schon 1882 regelmäßig deutsche, englische und sehr zahlreichste französische Dampfschiffe. Neu-Guinea wurde von englischen Dampfern, die von der Brisbane und Coaktown liefern, versorgt. Hier holten Schiffe der Neu-Guinea-Kompagnie die Post und Ware ab, aber ehe sie Zimfahnen erreichten, vergingen weitere fünf Tage, und die Kaufleute konnten sich Zeit nehmen, die Briefe zu beantworten, denn die nächste Post konnte nicht vor drei Monaten anlangen. Hebräid waren wir damals schon froh, daß wir wenigstens an den Weltpostverein angeschlossen waren, für gewöhnliche Briefe alle nur 20 Wg. zahlten, während früher häufig genug verschiedene Hundstüde locker gemacht werden mußten, falls sie weitere und gefährvolle Wege ins Innere machen mußten.

Wie anders heute! Nur

Camoo

hat noch keine deutschen Dampfer und auch nur gelegentliche Verbindungen. Und was das für Handel und Wandel bedeutet, sei nur an einem Beispiele gezeigt. Ein Händler kauft Gummi. Der Wettbewerb ist groß. Die Händler verlangen immer mehr. Er zahlt also 3 Mark für das Pfund. Glaubt auch soviel zahlen zu können, denn die letzte Post, die vor sechs Wochen Europa verließ, enthielt Mitteilungen, daß der Weltmarktpreis 5 1/2 Mark betrug. Endlich kommt ein Schiff. Er verläßt seinen Gummi und freut sich schon über den Gewinn. Da trifft nach weiteren sechs bis acht Wochen ein Brief ein, die Preise seien enorm gefallen, tief unter den Einkaufspreis! Wie das lächeln wirkt, ist begrifflich. Daher können und müssen wir jede neue und schnellere Verbindung mit der Heimat, Schiff, Telegraph, Telefunkenanlage, Kabel, Eisenbahn, Weg, mit Freude begrüßen. Jede Verbesserung des Verkehrs drückt sich in den Produktions-, Handels- und Finanzbilanzen aus. Logo, dessen Einnahmen vor 25 Jahren erst wenige Hunderttausend von Mark betragen, hat seine Einnahmen auf fast 1/2 Millionen erhöht, Kamerun die seinen gar auf 13 Millionen, Ostafrika, das damals noch nicht 1/2 Million eigene Einnahmen brachte, auf 14 Millionen, Südwest feierte sie von 0 Mark auf fast 16 Millionen. Nur Neu-Guinea und Camoo zeigen noch keine solche Spannung, weil Camoo schon leidlich entwickelt war, und Neu-Guinea, wo sich der Handel mangels genügenden Militärschutzes nicht ausbreiten konnte, ist kaum zu einem kleinen Ausmaß gekommen. Es brähte das Besten, wenn nicht an unedler Stelle geparkt worden wäre. In allen anderen Kolonien sind wir tiefer und tiefer ins Innere gedrungen. Wege und Eisenbahnen, teilweise auch Flußläufe wurden gebaut bzw. ausgebaut. Daneben entstanden Telegraphenleitungen, Poststationen, Funkentelegraphen-Anlagen, neuerdings werden sogar deutsche Kabelamtliche hergestellt. Zunächst an der Westküste Afrikas, dann nach der Südküste hin. Doch auch Ostafrika badigt von der Herrschaft des englischen Kabels befreit, ist eine der dringendsten Sorgen. Funkentelegraphen haben wir in Logo, Kamerun, in Südwest, in Ostafrika sogar drei, in der Südküste auf Kap, Anagar und Camoo je eine, und auch Neu-Guinea wird eine erhalten. Dazu kommen 4500 Kilometer Eisenbahnen. Ueber 250 Post-

anstalten und ein Netz von Telegraphenlinien vervollständigen das Bild.

Die Heeresvorlage in der Budgetkommission.

Die Mittwoch-Sitzung brachte, wie schon telegraphisch kurz gemeldet, wichtige Besprechungen über die weitere Behandlung der Heeres- und der Budgetvorlagen. Sozialdemokraten, Freisinnige und Nationalliberale ließen erklären, sie wünschten die zweite Lesung der Heeresvorlage vor der ersten Lesung der Budgetentswürfe. Zentrum und Konservative hingegen blieben bei ihrer Auffassung, es sei profittlicher, jetzt erst die Budgetentswürfe zu beraten. Dabei betonte ein konservativer Redner, es sei doch noch höchstem Interesse, zu wissen, wie der Reichsführer und die verbündeten Regierungen zu dieser Frage stehen. Darauf erklärte denn Reichsführer Reich, die Heeresvorlage könne sich nicht damit aufreiben geben, daß der Bedarf aus Anleihen gedeckt werde; er verlange, daß die Deckung noch in diesem Sommer erledigt werde. Von dieser im Kern ausweichenden Antwort war der konservativere Redner natürlich nicht befriedigt; es kam sich noch darum, ob auch die Heeresvorlage ferner, daß nach vor Beschließung der Heeresvorlage die entsprechenden Einnahmen gesichert sein müssen. Dies verlangte Reichsführer Reich zu der neuen Erklärung, die Heeresvorlage fordere mit voller Entschiedenheit, daß die Deckungsfrage bis zur Beschließung der Heeresvorlage durch Beschluß des Plenums hinstreckt; eine solche Hinstreckung würde aber nicht darin liegen, daß in der Tat, der einen interessierenden Bestandteil der Heeresvorlage bilde und der auch über eine Einnahmeseite verläge, als Einnahmen nur Bestimmungen über Schutzgebühren oder Anteile oder ungedeckte Matrikularbeiträge zur Bilanzierung eingeschalt werden, und diese Sicherstellung würde auch dann nicht vorliegen, wenn die laufenden Ausgaben im wesentlichen auf den Wehrbeitrag angehen würden, der doch nur für die einmaligen Ausgaben bestimmt sei. Daraufhin erklärte dann der Reichsführer Reich, die von ihm auch im Namen des Reichstages erhobene Forderung gehe dahin, es müsse sichergestellt sein, daß die Deckung der Kosten sichergestellt sei, die Beschließung holt sich an dem dem Reichstag keine Ausgabe ob. D. u. g. l.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 28. Mai 1913. Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten: „Ist der Reichstag bereit, Maßnahmen darüber zu ergreifen, ob im Bundesrat neue Diktaturgesetze (Einschränkung des Reichsverordnungsrechtes und des Verordnungsrechtes) für Elsaß-Lothringen vorgelegt sind? Willigt der Herr Reichsführer die zuerst in Vorjahr verabschiedete Vorlage und ihre Begründung?“

Auf die Frage des Reichstages erklärte der Stellvertreter des Reichstages, Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Herr Reichsführer ist bereit, die Interpellation Ende dieser Woche zu beantworten. Es folgte die zweite Lesung des Entwurfs eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

§ 1 lautet in der Vorlage: „Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben und erlischt mit ihrem Verlust. Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat.“

Die Kommission hatte folgende Fassung vorgeschlagen: „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“ Als § 1a folgendes formuliert: „Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat. Die Schutzgebiete gelten im Sinne dieses Gesetzes als Inland.“

Von dem Abg. Geros und der vortrefflichsten Vereinigung war die Wiederherstellung des § 1 in der Fassung der Vorlage beantragt.

Abg. Vossberg (Zs.) unserer Ansicht nach hat man bei dieser Gelegenheit nicht alle Fragen mitgezogen, für die es wünschenswert gewesen wäre. So fehlt eine Bestimmung über die Staatsangehörigkeit der Eingeborenen in unseren Schutzgebieten. Wir behalten uns vor, in einer Resolution darauf zurückzukommen. Wir haben den lebhaftesten Wunsch, daß auch die Eingeborenen das Bewußtsein haben, Angehörige des Deutschen Reiches zu sein. Ebenso finden wir es bedenklich, daß man die Fassung des alten Reichsangehörigkeitsgesetzes beibehalten hat, wonach ohne weiteres mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit die deutsche verloren geht, falls man nicht vorher eine schriftliche Genehmigung zur Beibehaltung seiner alten Staatsangehörigkeit erhalten hat. Ebenso ist es mit der Bestimmung, daß die Reichsangehörigkeit durch ununterbrochenen zehnjährigen Aufenthalt im Ausland verloren geht, falls man vertritt, sich in die Matrikel des Konsuls eintragen zu lassen. Das vertritt sich nicht mehr mit den Grundfragen eines Staates, der selbst Weltpolitik in großem Umfang treibt. Als eine Verschlechterung ist es anzusehen, daß die Bundesstaaten ihre Souveränität über die Ein- und Ausbürgerung verloren haben, sondern daß das Reich darüber zu befinden hat. Weiter wünschen wir, daß die Bestimmung geändert wird, wonach die weiblichen Frauen, die einen Ausländer heiraten, die Angehörigkeit zum Reich verlieren. Auch der weiblichen Frau muß das Selbstbestimmungsrecht gemacht werden. Einem Ausländer, der sich im Inlande niedergelassen hat, sollte die von ihm beantragte Eingürgerung nicht verweigert werden dürfen, wenn er seine Niederlassung mindestens zwei Jahre hindurch ohne wesentliche Unterbrechung im Inlande gehabt hat. Dies ist notwendig, um die großen Härten zu beseitigen, wie sie z. B. in den sogenannten dänischen Staatenlosen gegenüber bestehen. Auch aus konfessionellen Gründen sollte die Eingürgerung nicht abgewiesen werden können, die Vererbung an das Verwaltungsgericht muß zugelassen werden. Soll der Entwurf ein wertvolles Gesetz werden, so muß er noch wesentlich geändert werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Helger (Zs.) meinte, so scheint, wie der Vordrucker dem Gesetzentwurf festzulegen habe, könne dieser doch nicht sein, denn die Herren von der äußersten Linken hätten sich in der Kommission schließlich doch nur der Zustimmung enthalten, und den Entwurf nicht etwa abgelehnt. Das Zentrum erwidert in dem Entwurf einen wesentlichen Fortschritt, namentlich in Bezug auf die Berücksichtigung der Wünsche der Auslandsdeutschen, und plant, daß, wenn der Entwurf Gesetz wird, das Deutschtum nicht nur im Inlande, sondern auch außerhalb der Reichsgrenzen gesichert werden wird. Durch den Entwurf wird zunächst mit dem unglücklichen Zustande aufgeräumt, daß Angehörige des Deutschen Reiches, die zehn Jahre im Ausland sich aufgehalten haben, ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Die Staatsangehörigkeit soll nur verloren werden, wenn der Wille, das Vaterland aufzugeben, ausdrücklich bekundet, wenn eine neue Staatsangehörigkeit begehrt oder die Wehrpflicht nicht erfüllt wird. Das Zentrum geht von dem Grundsatze aus, ohne Wehrpflichtigkeit keine Volksgemeinschaft. Wenn von sozialdemokratischer Seite beklagt wird, daß wir die Frauen schlechter stellen, so liegt das in unserer allgemeinen Anschauung, daß die Weib als ein unabhängiges Wesen, als Hauptgrund-

mehr als Dispositum im Etat des Reichsamts des Innern erscheint. Des weiteren gelangen einige Resolutionen zur Annahme, die mehr als Konsequenzen der bisher angenommenen Entschlüsse zu betrachten sind.

Damit war die zweite Lesung der Heeresvorlage beendet. Am heutigen Donnerstag beginnt die erste Lesung der Budgetvorlagen, und zwar mit dem Wehrbeitrag.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 28. Mai 1913.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten: „Ist der Reichstag bereit, Maßnahmen darüber zu ergreifen, ob im Bundesrat neue Diktaturgesetze (Einschränkung des Reichsverordnungsrechtes und des Verordnungsrechtes) für Elsaß-Lothringen vorgelegt sind? Willigt der Herr Reichsführer die zuerst in Vorjahr verabschiedete Vorlage und ihre Begründung?“

Auf die Frage des Reichstages erklärte der Stellvertreter des Reichstages, Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Herr Reichsführer ist bereit, die Interpellation Ende dieser Woche zu beantworten. Es folgte die zweite Lesung des Entwurfs eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

§ 1 lautet in der Vorlage: „Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben und erlischt mit ihrem Verlust. Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat.“

Die Kommission hatte folgende Fassung vorgeschlagen: „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“ Als § 1a folgendes formuliert: „Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat. Die Schutzgebiete gelten im Sinne dieses Gesetzes als Inland.“

Von dem Abg. Geros und der vortrefflichsten Vereinigung war die Wiederherstellung des § 1 in der Fassung der Vorlage beantragt.

Abg. Vossberg (Zs.) unserer Ansicht nach hat man bei dieser Gelegenheit nicht alle Fragen mitgezogen, für die es wünschenswert gewesen wäre. So fehlt eine Bestimmung über die Staatsangehörigkeit der Eingeborenen in unseren Schutzgebieten. Wir behalten uns vor, in einer Resolution darauf zurückzukommen. Wir haben den lebhaftesten Wunsch, daß auch die Eingeborenen das Bewußtsein haben, Angehörige des Deutschen Reiches zu sein. Ebenso finden wir es bedenklich, daß man die Fassung des alten Reichsangehörigkeitsgesetzes beibehalten hat, wonach ohne weiteres mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit die deutsche verloren geht, falls man nicht vorher eine schriftliche Genehmigung zur Beibehaltung seiner alten Staatsangehörigkeit erhalten hat. Ebenso ist es mit der Bestimmung, daß die Reichsangehörigkeit durch ununterbrochenen zehnjährigen Aufenthalt im Ausland verloren geht, falls man vertritt, sich in die Matrikel des Konsuls eintragen zu lassen. Das vertritt sich nicht mehr mit den Grundfragen eines Staates, der selbst Weltpolitik in großem Umfang treibt. Als eine Verschlechterung ist es anzusehen, daß die Bundesstaaten ihre Souveränität über die Ein- und Ausbürgerung verloren haben, sondern daß das Reich darüber zu befinden hat. Weiter wünschen wir, daß die Bestimmung geändert wird, wonach die weiblichen Frauen, die einen Ausländer heiraten, die Angehörigkeit zum Reich verlieren. Auch der weiblichen Frau muß das Selbstbestimmungsrecht gemacht werden. Einem Ausländer, der sich im Inlande niedergelassen hat, sollte die von ihm beantragte Eingürgerung nicht verweigert werden dürfen, wenn er seine Niederlassung mindestens zwei Jahre hindurch ohne wesentliche Unterbrechung im Inlande gehabt hat. Dies ist notwendig, um die großen Härten zu beseitigen, wie sie z. B. in den sogenannten dänischen Staatenlosen gegenüber bestehen. Auch aus konfessionellen Gründen sollte die Eingürgerung nicht abgewiesen werden können, die Vererbung an das Verwaltungsgericht muß zugelassen werden. Soll der Entwurf ein wertvolles Gesetz werden, so muß er noch wesentlich geändert werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Helger (Zs.) meinte, so scheint, wie der Vordrucker dem Gesetzentwurf festzulegen habe, könne dieser doch nicht sein, denn die Herren von der äußersten Linken hätten sich in der Kommission schließlich doch nur der Zustimmung enthalten, und den Entwurf nicht etwa abgelehnt. Das Zentrum erwidert in dem Entwurf einen wesentlichen Fortschritt, namentlich in Bezug auf die Berücksichtigung der Wünsche der Auslandsdeutschen, und plant, daß, wenn der Entwurf Gesetz wird, das Deutschtum nicht nur im Inlande, sondern auch außerhalb der Reichsgrenzen gesichert werden wird. Durch den Entwurf wird zunächst mit dem unglücklichen Zustande aufgeräumt, daß Angehörige des Deutschen Reiches, die zehn Jahre im Ausland sich aufgehalten haben, ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Die Staatsangehörigkeit soll nur verloren werden, wenn der Wille, das Vaterland aufzugeben, ausdrücklich bekundet, wenn eine neue Staatsangehörigkeit begehrt oder die Wehrpflicht nicht erfüllt wird. Das Zentrum geht von dem Grundsatze aus, ohne Wehrpflichtigkeit keine Volksgemeinschaft. Wenn von sozialdemokratischer Seite beklagt wird, daß wir die Frauen schlechter stellen, so liegt das in unserer allgemeinen Anschauung, daß die Weib als ein unabhängiges Wesen, als Hauptgrund-

Lage unserer Herrlichen Staatssterns zu betrachten ist. (Beitrag im Zentrum.) Die Frau muß der Staatsangehörigkeit ihres Mannes folgen. (Anträge bei den Sozialdemokraten.) Der Entwurf zum Gesetz über die Einbürgerung in der Frage der Erlangung der Staatsangehörigkeit seitens der Ausländer. Da muß der Grundbesitz bestehen bleiben, daß die Einbürgerung zu erfolgen hat, wenn in ihr ein Vorteil für das Deutsche Reich zu erblicken ist. Eine Regelung der Heimatsloshenfrage wünschen auch wir, denn wir erhoffen davon eine Besserung unseres Verhältnisses zu Dänemark. Die Anträge der Sozialdemokraten lehnen wir verlosch ab; gegenüber den übrigen Anträgen beglücken wir uns unsere Stellungnahme vor. (Beitrag im Zentrum.)

Hg. Red.-Beitrag (Mail.): Meine Freunde können in dem Urteil über den das Gesetz aus einen wichtigen Schritt vorwärts bringen wird. Der Beurteilung des Gesetzes durch die sozialdemokratische Fraktion können wir in keiner Weise beistimmen. Das Gesetz wird uns den Vorteil bringen, daß unsere Deutschen im Ausland uns nicht nur in Zukunft erhalten bleiben, sondern daß und die verlorenen Elemente durch das Gesetz wieder gewonnen werden. Wir hätten damit das Bewußtsein der staatlichen Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein unserer deutschen Einheit im Inland und im Ausland, sowie unsere staatsrechtliche Stellung nach außen und nach innen. Die Entwicklung unserer Verhältnisse hat den Deutschen keine schief gemacht in allen Teilen der Erde; da ist es ganz erklärlich, daß er auch in den entferntesten Ländern Anspruch darauf erheben darf, sich den deutschen Gesetzen zu unterwerfen. Andererseits können wir den Ausländern nicht ohne weiteres das Recht auf Einbürgerung zuerkennen, wir müssen dem Staat vielmehr das Recht vorbehalten, daß er sich alle Bewerber um die Staatsangehörigkeit näher ansieht. Schließlich müssen sich in dieser Beziehung auch unsere Ausländer geltend. Das Gesetz ist nicht gerade den Angehörigen des wohnsitzigen Verhältnisses gegenüber in einer Weise verfahren worden ist, die nicht zu billigen ist. Wir haben uns in dieser Beziehung mit der Erklärung der Regierung einverstanden erklärt, daß das religiöse Verbotnis als solches ein maßgebendes Moment für die behördliche Entscheidung nicht bildet. Wegen der allerdings sehr schwierigen Frage der Regelung der Verhältnisse der Staatslosen darf man den Hauptzweck des Gesetzes doch nicht aus den Augen verlieren. Agitatorenische Elemente, die in unsere Länder Unruhe hineintragen und vielfache Verbrechen auf Vorbereitung gewisser Landesteile unternehmen, wollen wir nicht haben; und das diese Verbrechen doch nicht in ganz hohem Maße sind, ist durch den Bericht des Herrn v. S. (S. 100) bestätigt. Es ist nicht zu erwarten, daß die im Jahre 2000, sondern die Migration erfolgt viel weiter. (Beitrag bei den Sozial.) Ich behaupte, daß Sie bei unserer Ausbürgerung liegen, die getragen sind von dem Gedanken, daß wir Deutsche als Deutsche zusammengehören und uns unsere Zusammenhalt nicht von solchen Elementen stören lassen wollen. (Erneuter Widerspruch bei den Sozial; Auf: Anstufmeierei!) Hier ist nicht die Rede von Ungleichheit; ich habe nur auf Tatsachen verweisen. Im Ganzen begreifen wir das Gesetz als einen großen Fortschritt, als einen Weg, der uns unser deutsches Volkstum erhalten und kräftigen wird. (Beitrag bei den Nationalliberalen.)

Hg. Dr. Sieje (Deutschf.): Die von dem sozialdemokratischen Redner vorgetragene Bedeutung halten wir für gerechtfertigt; im Gegenteil halten wir uns dafür, daß das Gesetz das Beste ist, was deutsche Zustimmung zu erhalten und das Deutsche namentlich im Ausland zu stärken. Wir freuen uns, daß in diesem Gesetz lebendig die Abstammung maßgebend ist, weil dadurch dem deutschen Volk am besten der deutsche Charakter erhalten bleibt. Wir treten deshalb all den Anträgen entgegen, die hierin eine Abänderung schaffen wollen.

Hg. Dr. Blund (Hortfchr. Ppt.): Durch den Entwurf wollen wir nicht sowohl die ältere Generation als vielmehr den Nachwuchs an die deutsche Heimat fesseln, namentlich durch das Festhalten am dem Prinzip der Wohnsitzangehörigkeit. Wir behauern, daß die in der Kommission vorgeschlagenen Verbesserungsanträge der Einteilung zu wenig Geneigte gefunden haben, insbesondere sollte die Geburt und Erwerb des Wohnsitzes als ein Recht auf die Erlangung der Staatsangehörigkeit in sich schließen; das ist außerdem ein allgemeinerer Rechtsgrundsatz. Der sozialdemokratische Antrag, der Frau auch bei Verheiratung mit einem Ausländer das Selbstbestimmungsrecht ihrer Staatsangehörigkeit zu überlassen, lehnen wir ab; es würde eine heillose Verwirrung herbeiführen. Wir verlangen insbesondere die Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens bei Ablehnung von Anträgen auf Einbürgerung und Aufnahme.

Hg. Dombel (Volk): Ich habe den Eindruck, daß dieses Gesetz auch wieder zur Fortsetzung der preussischen Ausweisungspolitik ausgenutzt werden würde, unter der besonders die Polen zu leiden hätten.

Hg. v. Vieder (Ppt.): Ich kann meiner Freunde darüber Ausdruck geben, daß dieser Gegenstand, der uns volle 18 Jahre beschäftigt hat, nun endlich Gesetzestext erlangen soll. Es wäre wohl zu wünschen, daß an Stelle des Begriffs „Deutscher“ „Mischdeutscher“ eingesetzt worden wäre, denn neben den 80 Millionen Mischdeutschen haben wir über 100 Millionen Deutsche, seien es Deutsch-Österreicher, Deutsch-Schweizer usw. Auch bei dem Gesetz erhebliche Mängel für unsere Kolonien. Die deutschen Formen müssen dauernd die Möglichkeit behalten, ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich gewahrt zu wissen. Wäre ich in der Kommission gewesen, so hätte ich mir den Antrag gestellt, daß jeder deutsche Reichsangehörige, der sich der französischen Fremdenlegung verleiht, für immer aus dem Deutschen Reichsverbande ausgeschlossen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wenn er im Ausland sich dazu entschließt, muß er als Paria der Gesellschaft betrachtet werden und außerhalb der Zivilisation stehen. (Erneute Zustimmung.) Die Anträge der Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei lehnen wir ab. Wir hoffen, daß das Gesetz zur Deutung, Erklärung und Förderung des Deutschentums im Ausland wirksam beitragen wird. (Beitrag.)

Hg. Bergon (Hortfchr. Ppt.): Die Lage Deutschlands bringt es mit sich, daß es leicht zum Sammelboden unerwünschter Elemente wird. Deshalb sollte man den Erwerb der Reichsangehörigkeit nicht zu leicht machen. In dieser Hinsicht verlegt aber das Gesetz.

Hg. Dr. Koenig (Hortfchr. Ppt.): Für uns Völkervertrager hat das Gesetz ganz besondere Bedeutung. Es wäre am besten gewesen, wenn man die Erwerbung der Reichsangehörigkeit unabhängig von der Willkür der Behörden machte. Die aus den Reichsländern Auswandernden haben vielfach den Wunsch, zurückzukehren. Das sollte man ihnen erleichtern.

Damit schloß die Generaldebatte.

§ 1 wurde unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Darauf verlegte sich ein Ausd. Der Präsident und erhielt für die Präsidenten, die Schriftführer und die Kassieren die Ermächtigung, dem Kaiser zum 23. Märzigen Regierungsjubiläum die Glückwünsche des Hauses zum Ausdruck zu bringen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Fortsetzung; Rechnungslegung; kleinere Vorlagen darunter Einbürgerung für Söhne und Weibchorene. Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Dem Frieden entgegen.

Der Berliner diplomatischen Kreise nimmt man an, daß das energische Vorgehen der Londoner Völkervertragerkonferenz, dem der Sir Edward Grey auf die Balkanvertrager einen starken Einfluß zugunsten einer sofortigen Unterzeichnung des Vertrags in Aussicht genommen wird, so daß die Unterzeichnung bereits in den nächsten Tagen erfolgen dürfte. Wie der römischen „Agenzia Stefani“ aus London gemeldet wird, hofft man in diplomatischen Kreisen, daß die Friedensverhandlungen am Freitag unterzeichnet werden.

Zum bulgarisch-griechischen Konflikt.

An Stelle des bulgarischen Generalissimus Sarow wird der bulgarische General Xwanoff nach Saloniki gehen, um an den Beratungen über die Beilegung des bulgarisch-griechischen Konflikts teilzunehmen.

Vom bulgarischen Hofraum 1913, der bekanntlich wegen des Kriegszustandes vorzeitig zur Sprache eingekommen wurde, sind jetzt über 30 000 Mann ausgebildet und mit unbekannter Marschorder aus Sofia ausgerückt.

Ablösung österreichischer Reservisten.

Im Hinblick auf die lange Dauer der Erhöhung des Bestandes der in Bosnien, der Herzegovina und in Dalmatien dislozierten Truppen hat der Kaiser, wie die „Militärische Rundschau“ meldet, angeordnet, daß die ältesten Reserve- und Ersatzreservebejahrgänge (1902 bis 1905) und die meistbesten Ersatzreserveoffiziere (Familienhalter und einzige Söhne) aller Jahrgänge, die innererzeit zur Ergänzung des Truppenbestandes in Bosnien, der Herzegovina und in Dalmatien einberufen worden waren, soweit Ersatzmannschaften verfügbar sind, durch jüngere Reservemannschaften und nichtbesten Ersatzreserveoffiziere ersetzt werden. Diese Verfügung ist einerseits aus dem Erwägung hervorgegangen, daß die auswärtige Lage ein Herabgehen in den Beständen in Bosnien, der Herzegovina und in Dalmatien nicht möglich erscheinen läßt, andererseits aus dem Bestreben, den bereits seit mehreren Monaten in offiziem Dienst stehenden die Rückkehr zu ihren Familien zu ermöglichen. Eine an sich wirtschaftliche gleichzeitige Entlassung aller Reserve- und Ersatzreserveoffiziere wäre, auch falls die auswärtige Lage dies zuließe, schon aus Transportverhältnissen undurchführbar und mühte teilweise erfolgen.

Bulgarien und Rumänien.

Wie in den Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, wird eine Verfestigung der Beziehungen der Petersburger Völkervertragerkonferenz in Sachen des Streites zwischen Bulgarien und Rumänien erst erfolgen, wenn der Balkanfriede durch die Unterzeichnung des Friedens zwischen den Balkanmächten und der Türkei beendet ist.

Deutsches Reich.

Gäste beim Kaiser.

Die argentinische Sondermission sowie die russische, die österreichisch-ungarische und die württembergische Militärdeputation, welche als Gäste des Kaisers im Hotel „Adlon“ zu Berlin wohnen, wurden Mittwoch vormittag mit kaiserlichem Fuhrwerk nach dem Potsdamer Bahnhof geführt, wo sie sich mit einem Ertrag nach Station Wildpark begaben. Von dort aus wurden sie wiederum in kaiserlichen Wagen nach dem Neuen Palais befördert. Der argentinische außerordentliche Botschafter Dr. Carlos Sclás und der argentinische Gesandte nahmen in einem offenen vierwägenigen la Daimont gefahrenen Wagen Platz. Im zweiten Wagen folgte der Reichsfiskus mit seinem Adjutanten Freiherrn von Zell. Dann kamen die anderen argentinischen Herren, Staatssekretär von Zanow, der Ersteiniger des diplomatischen Corps, Botschaftergeneralmeister von Röder und die fremden Offiziere. Sämtliche Herren wurden zunächst im Mittelhof des Neuen Palais vom Oberhofmarschall Grafen Gulerburg und dem Hofmarschall Grafen Wloden empfangen. Nachdem empfing der Kaiser, welcher die Uniform des 1. Garde-Regiments zu Fuß angelegt hatte, im Rückgucken des Parks die argentinischen Herren. Der außerordentliche Botschafter sprach den Dank für die Glückwünsche des Deutschen Reiches zum 100jährigen Bestehen der Republik Argentinien aus, wofür der Kaiser dankte. Hiernach nahm der Kaiser die Meldung der Deputation des kaiserlich-russischen Leib-Garde-Regiments König Friedrich Wilhelm III. entgegen, ferner desgleichen der Deputation des 8. Infanterie-Regiments Wilhelm I., deutscher Kaiser und König von Preußen Nr. 32 und der Deputation des 8. Württembergischen Infanterie-Regiments Kaiser Wilhelm, König von Preußen Nr. 120. Die Deputationen wurden ihre Glückwünsche zum Neunzigjährigen Bestehen des Kaisers aus und überreichten Geschenke. Im Anschluß daran wurden sämtliche Herren, die argentinischen und die fremden Offiziere, von der Kaiserin im Treppen-Zimmer des Neuen Palais empfangen. Am Anschluß an die Empfänge von Frühstückstafel bei Ihren Majestäten in der Hospitallerie des Neuen Palais. Abends gab der Reichsfiskus den Argentinern ein Diner.

Die Geschäftslage des Reichstags.

Der Seniorenkongress des Reichstags trat am Mittwoch vor Beginn des Plenums zur Beratung der Geschäftsfrage zusammen und einigte sich dahin: In der laufenden Woche soll das Plenum weitere kleinere Vorlagen beraten. Ende der Woche wird die sozialdemokratische Interpellation betreffend Einschränkung des Vereinsgesetzes und des Pressegesetzes in Glück-Verbringen beantwortet werden. Die kommende Woche bleibt ganz für das Plenum übrig, am Montag und Dienstag wird auch die Budgetkommission keine Sitzung abhalten mit Rücksicht auf die Landtagswochen. Vom Mittwoch ab wird die Budgetkommission täglich von 10 bis 5 Uhr mit eingelagerter Baule die Deckungsvorlagen beraten. Am 9. Juni (Montag) soll das Plenum seine Sitzungen wieder aufnehmen.

und zwar an diesem Tage kleinere Vorlagen beraten und am 10. Juni mit der zweiten Lesung der Wehrvorlage beginnen.

Freiwillige Wehrbeiträge.

Der Bund deutscher Militärämter wärter hatte im März einen Aufruf an seine Mitglieder erlassen, sich an der Sammlung zur nationalen Wehrverbände zu beteiligen. Die Wille ist auf freiwilligen Boden gefallen, denn der Bundesvorsitzende konnte dem Reichsfiskus jetzt als erste Rate den Betrag von 17 400 Mark zur Verfügung stellen. Darauf ist im Bund folgendes Dankschreiben des Reichsfiskus abgegeben:

„Dem Bund deutscher Militärämter sage ich namens der Reichsregierung aufrichtigen Dank für das patriotische Schreiben vom 10. d. M. und die von den Mitgliedern des Bundes ausgehende Wehrverbände, an deren Annahme ich die Reichsregierung ermächtigt habe. Der von euch beabsichtigte Wehrverbände Aufruf des Bundes vom 17. März d. J. sowie das ergebene Ergebnis der ihm angelegten Sammlung freiwilliger Wehrbeiträge sind ein erhebendes Beispiel für das im deutschen Volk vorhandene Nationalbewußtsein und seine Wehrwilligkeit, diesem Gefühl auch jederzeit durch die Tat Ausdruck zu verleihen, wenn es das Wohl des Vaterlandes erfordert. v. Bethmann-Hollweg.“

Kleinere politische Nachrichten.

Die Nationalversammlung. Nach Mitteilung des Zentralkomitees für die Nationalversammlung zum Kaiserjubiläum für die christlichen Missionen in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten erfolgt der erste vorläufige Beschluß der Sammlungen am 1. Juni d. J. Eine Deputation des Zentralkomitees wird voraussichtlich am 16. Juni Kolonien besuchen, das bisherige Ergebnis der Spende dem Kaiser überreichen zu dürfen. Wichtigkeit ist der endgültige Beschluß der Sammlung im Bild auf die preussische Reichsversammlung am 15. Juni sowie noch größere, wünschende der Jubiläumstagen zu erwartende Spenden bis zum 1. Juli beizubringen.

Neues Gesetz. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz betreffend die Gewährung von Weisungen an Kriegsteilnehmer.

Einführung des neuen Landtages. Der neugewählte Landtag dürfte am Donnerstag, 12. Juni, einberufen werden, und zwar wird er leblich die üblichen Wahlen und eine Beschäftigung über die Teilnahme des Landtages an dem Regierungsjubiläum des Kaisers vorzunehmen haben.

Die deutsch-schwedische Vereinigung, deren Zweck es ist, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschen und Schweden auf dem Gebiete der geistigen und wissenschaftlichen Kultur zu pflegen und zu fördern, ist in Berlin begründet worden. Zu gleicher Zeit ist in Stockholm eine schwedisch-deutsche Vereinigung mit dem gleichen Ziele von bekannten und einflussreichen schwedischen Persönlichkeiten ins Leben gerufen worden.

Ausland.

Russlands Vorgehen gegen Finnland.

Die russische Regierung geht jetzt in brutaler Weise wieder gegen Finnland vor. So hat sie letzten eine von finnischen Gelehrten nach Russland gezielte wissenschaftliche Reise verboten, weil letztere damit agitatorische Zwecke im Interesse ihrer Landsleute zu verbinden die Absicht gehabt haben sollen.

Die Niederlage des englischen Königsraars.

König Georg und Königin Alexandra von England trafen Mittwochabend 7 Uhr von Berlin in London ein. Sie wurden am Bahnhof von dem Herzog von Cornwall, dem Prinzen Arthur, Sir Edward Grey und dem deutschen Botschafter Fürsten Nidnowski empfangen. Auf der Fahrt durch die Straßen wurden der König und die Königin von einer großen Volksmenge jubelnd begrüßt.

Lord Avebury gestorben.

Am Mittwoch morgen starb auf seiner Besitzung in Ramsgate auf der Insel Thanet im 80. Lebensjahre der englische Lord Avebury. Avebury, einer der größten Bankiers, besaß die weitestgehende und vor allem durch sein Interesse für die Naturwissenschaften, für die er die größten Geldopfer brachte, bekannt geworden. Viele von ihm verfaßte naturwissenschaftliche Werke haben eine mehrfache Auflage erfahren. Avebury war Chef des Bankhauses Moxatt, Lubbock u. Co.

Die belgische Wehrreform angenommen.

Die belgische Kammer hat die Wehrreform in zweiter Lesung mit 104 gegen 62 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Ein dinesischer General als Verschwörer.

Die russische Presse weiß aus Beijing zu berichten, daß General Schuanjing seines Ranges verlustig gegangen ist, weil er Beijing zum Stützpunkt einer zweiten Revolution machen wollte.

Luffahrt.

Das Marineluftschiff über Helgoland.

Das Marineluftschiff über Helgoland des Kapitänleutnants Gonne ist Mittwoch früh 9 1/2 Uhr zum ersten Male nach Helgoland geflogen. Es überflog die Zinne der Kriegsschiffe und die Signalstation und führte einige Runden über die Helgoländer Inseln. Das Luftschiff fuhr dann in der Richtung nach Guxhoben weiter.

Die Johannisthaler Flugwoche.

Flugpreis: Vinsinogel hat eine Höhe von 2710 Metern erreicht, Stiplofackel 1150 Meter, Welling 1010 Meter. Preis für den kürzesten Anlauf: von Gortzen 76,96 Meter. Zeit 103,01 Meter, Janisch 119,72 Meter. Dauerflüge: Welling 183 Minuten, Vinsinogel 189 Min., Stiplofackel 192 Min., Welling 192 Min., Welling 192 Min. Am 10. Juni hat der Dauerpreis mit einem Passagier, außerdem des Flugplatzes wurde er aus geringer Höhe. Der Apparat wurde beschädigt. Der Passagier kam mit dem Schreden davon. Colombo erlitt einen Verstoß, aber sonst keine weiteren Verletzungen.

Dermisfichte.

Die Charlottenburger Oberbürgermeisterwahl nochmals vertagt. In der Sitzung der Charlottenburger Stadterweiterungsverammlung am Mittwoch stand die Wahl des Oberbürgermeisters auf der Tagesordnung. Nach längerer Debatte über den Gehalt des neuen Oberbürgermeisters wurde die Frage nochmals einem Ausschuss überwiesen und die Wahl vertagt.

Wer kann an der Einweihung des Leipziger Völkerschlag-Denkmals teilnehmen?

Das ganze deutsche Volk, jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau. Die Einweihung des Völkerschlagdenkmals am 18. Oktober d. J. unterscheidet sich von ähnlichen Feiern...

dann Kenntnis von einem Schreiben der elektrischen Überlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, c. B. m. B. G., wonach es möglich ist...

K. Bitterfeld, 28. Mai. (Städtisches) Das Ortsrat hat die hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule für Mädchen...

Wittenberg, 28. Mai. (Seltener Fang) Von dem Fischermeister Carl Weber in Kleinwittenberg wurde gefangen...

V. Luedeburg, 28. Mai. (Preisfische) Gestern fand im Kasino-Restaurant die diesjährige Preisfischprobe des S. n. o. B. Kreisvereins...

Gera, 28. Mai. (Durch Völkerschlag gestiftet) In Anknüpfung an die Feier der Einweihung des Völkerschlagdenkmals...

wollen oder nicht, in die Sozialdemokratie ganz aufgegangen ist. Der Völkerschlag jener Partei wird schon gefangen. Zum Schluss wurde noch über den Artikel in Nr. 242 der „Halle'schen Zeitung“...

Von der Universität Halle.

Der 70. Geburtstag. Der Vertreter der Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Universität Halle O. E. H. Regierungsrat Prof. Dr. Theodor Lindner...

Sonderauskehr zur Internationalen Bauausstellung Leipzig 1913.

Die beteiligten Eisenbahndirektionen haben beschlossen, um den Besuch der internationalen Bauausstellung in Leipzig zu erleichtern...

Sibirien, Land und Leute.

Der Halle'sche Kolonialverein (Abteilung Halle der deutschen Kolonialgesellschaft) veranstaltete gestern, Dienstag...

Wir bitten unsere geehrten Abonnenten, welche die Halle'sche Landeszeitung... auf die Halle und zu längerem... durch Streifenband... Die Expedition der Halle'schen Zeitung, Landeszeitung für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen.

Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.

Der Bericht über die Verwaltung der Section IV der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1912 mit einem Auszug aus dem Jahresbericht des technischen Aufsichtsamtes...

Aus Halle und Umgebung.

Konservativer Verein für Halle und den Saalkreis. Trotz der sommerlichen Schwüle und des berechtigten Verlangens nach Erholung in freier Natur...

Provinz Sachsen und Umgebung.

+ Annendorf, 28. Mai. (Königsfischen). Die Kirche als Schützenlokal erlangt sich Herr Ortsbürger Franz Dietrich von hier...

Ein Antrittsprüfung für Annahmevereinarbeit

findet in Halle von 9. bis 13. Juni statt. Grundlegend unterrichten werden der einleitende Vortrag über die Aufgabe an der konfirmierten weiblichen Jugend...

Die erste Halle'sche Landeshypothek

erlebte in ihrer Monatsversammlung am 26. d. Mts. im „Kronprinzen“ zuerst amtliche Angelegenheiten und nahm sodann einen Vortrag des Pastors...

Aus den Vereinen.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen. Der letzte Ausflug führte den Verein in zwei höchst interessante Lokalitäten der Berichten-Weißener-Graben...

